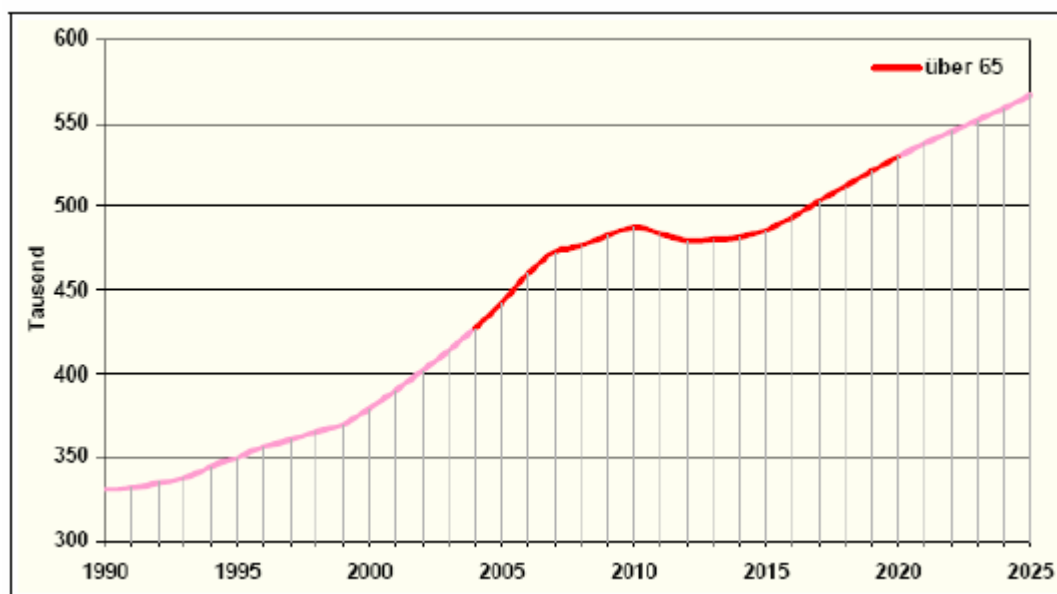


Senioren in Thüringen

Ausgangslage

Thüringen hat bei der Seniorenpolitik erheblichen Nachhol- und Handlungsbedarf. Das Land ist bisher nicht ausreichend auf den demographischen Wandel vorbereitet. Nach Prognosen des Berlin-Institutes wird Thüringen 2020 das „älteste Bundesland“ sein.



Entwicklung der Altersjahrgänge über 65 in Thüringen bis 2020 (Quelle: Demographiebericht)

Ältere Menschen wollen ihr Leben aktiv gestalten. Das erfordert Angebote und Rahmenbedingungen. Dazu gehören unter anderem: altersgerechte Wohnangebote, offener Zugang zum Ehrenamt, abgestimmte Bildungsangebote. Unsere Gesellschaft gewinnt mit dem aktiven Leben der Senioren einen gewaltigen Erfahrungsschatz.

Es gibt aber auch Probleme wie Altersarmut, Einsamkeit und Pflegebedürftigkeit, die bei einer steigenden Zahl alter Menschen neue Lösungen erfordern.

Die Seniorenpolitik ist eine Aufgabe, die von allen politischen Ebenen wahrgenommen werden muss. Bund, Land und Kommunen sind dabei gefordert. Die Landesregierung verfolgt jedoch keine aktive Seniorenpolitik: Schwerpunkte und Konzepte in diesem Feld sind nicht oder nur in Ansätzen erkennbar. Durch das Fehlen der Mittlerfunktion des Landes können sich Initiativen vor Ort kaum sinnvoll ergänzen.

1. Ein Konzept der Landesregierung im Bereich der Seniorenpolitik ist nicht erkennbar:
 - Thüringen fehlt ein Landesaltenplan.

- der 2003 veröffentlichte Thüringer Sozialbericht geht lediglich in den Kapiteln ehrenamtliches Engagement und Alterssicherung explizit auf Senioren ein.
2. Das Land hat die Mittel für Senioren und Seniorenarbeit kontinuierlich gekürzt:
- Anfang der 90er Jahre standen noch 300.000 Euro für alle sozialpolitischen Projekte zur Verfügung, mittlerweile bleiben nur 25% dessen. Konsequenz unter anderem: Von 21 Seniorenbüros Ende der 90er Jahre existieren noch elf.
3. Durch die Landesregierung wird nicht auf das sich abzeichnende Problem der Altersarmut, das in rund 10 Jahren akut zu werden droht, eingegangen:
- Auf die Frage nach der Entwicklung der Alterssicherung antwortet die Landesregierung in einer Großen Anfrage lapidar: „Die Rentenzahlbeträge, vor allem bei den Frauen in den jungen Ländern, sind auf Grund der günstigen Erwerbsbiographien zu DDR-Zeiten immer noch höher als im alten Bundesgebiet.“ [Drs. 4/2801, Seite 9]. Die Kenntnis der weiteren Entwicklung fehlt der Landesregierung völlig.

Perspektiven der Thüringer Seniorenpolitik

Zur Verbesserung der derzeitigen Situation und um für die zukünftige Entwicklung gerüstet zu sein, müssen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden:

- Unterstützt von der Landesregierung ermitteln die Kommunen den Bedarf und die notwendigen finanziellen Mittel für Angebote im Seniorenbereich. Auf der Basis von Seniorenförderplänen aus den Kreisen und Kommunen kann ein Landesaltenplan der Landesregierung erstellt werden. Bayern etwa verfügt über einen solchen Plan. Bei der Erstellung des Landesaltenplanes sollten die Hochschulen einbezogen werden. Erster Schritt: Der zukünftige Pflegebedarf und Bedarf an Pflegepersonal, kleinen Wohnungen, alternativen Wohnmöglichkeiten, Begegnungsstätten und Ähnlichem sollte auf der Grundlage des Demographieberichtes ermittelt werden.
- Seniorenpolitik ist als Querschnittsaufgabe zu sehen. Seniorenpolitik ist z.B. als Teil der Familienpolitik zu verstehen und zu behandeln, auch damit die Senioren nicht den Eindruck gewinnen, primär als Kostenfaktor wahrgenommen zu werden.
- Das drohende Problem der Altersarmut muss durch eine aktive Beschäftigungspolitik (unter anderem durch einen Maßnahmenkatalog, wie in den kommenden Jahren die Beschäftigungspotenziale der Älteren genutzt werden können, um den drohenden Fachkräftebedarf in Thüringen zu begegnen) und die Einführung von Mindestlöhnen bekämpft werden.
- Festhalten am Vorrang der ambulanten Pflege gegenüber der stationären Pflege. Menschen müssen befähigt werden, so lange wie möglich im eigenen Zuhause zu leben. Ambulante Betreuung ist darüber hinaus weniger kostenintensiv als stationäre.
- Da auch in Zukunft der überwiegende Teil der Pflege durch Angehörige übernommen werden muss, müssen diese unterstützt werden. Einer Überforderung durch Mehrfachbelastung (Versorgung der Kinder, Beruf, Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger) muss entgegen gewirkt werden: Gesetz zur Freistellung pflegender Angehöriger.
- Derzeit besteht in Thüringen kein wissenschaftlich ermitteltes Personalbemessungsverfahren für den Bereich der Pflege. Hier muss eine gesetzliche Regelung gefunden werden, die einen wissenschaftlich fundierten „Personalschlüssel“ für die Thüringer Heime festlegt.

- Im Thüringer Sozialministerium muss es einen Ansprechpartner geben, der beratend zur Verfügung steht und gemeinsam mit Seniorenverbänden und Seniorenvertretern die Thüringer Seniorenpolitik koordiniert.
- Die Seniorenvertretungen müssen stärker in die Landespolitik einbezogen werden.
- Nachdem in Thüringen die Zahl der Seniorenbüros in den letzten Jahren von 21 auf elf gesunken ist, sollte über eine neue Art der Förderung von Seniorenbüros nachgedacht werden, da diese in dem jeweiligen Landkreis einen zentralen Punkt darstellen und vernetzend und koordinierend tätig werden.
- Pflegeberufe müssen attraktiver gemacht werden (höhere Bezahlung, bessere technische Ausstattung mit Pflegeapparaten, bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung für Pflegepersonal mit Kindern, mehr psychologische Betreuung für die Pflegenden). Andernfalls könnte es in Zukunft zu einem Mangel an Pflegepersonal kommen.
- Eine weitere Aufgabe, die durch das Land zu erfüllen ist, ist das aktive Informieren über neue Ideen, z.B. von Senioren-WGs. Dies kann auf Fachtagungen und Fortbildungen geschehen. Dabei können die Thüringer Universitäten und Fachhochschulen einbezogen werden.
- Alternative Wohn- und Versorgungsformen wie Seniorenwohngemeinschaften oder Wohngemeinschaften für Demenzerkrankte sowie niedrigschwellige Angebote müssen mit Blick auf die Zukunft ausgebaut werden.
- Eine Imagekampagne für ein positives und modernes Altenbild sollte erarbeitet werden. Dazu können beispielsweise Materialien für die Öffentlichkeit zusammengestellt oder eine Broschüre zur Seniorenpolitik und der Seniorenorganisationen in Thüringen veröffentlicht werden.

März, 2007